

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Sigrid Maurer, Freundinnen und Freunde

betreffend gleiche Chancen für jedes Kind: für eine längere gemeinsame Schule

BEGRÜNDUNG

Österreich vererbt Bildung nach wie vor wie ein Familienerbstück. Wer in einen Haushalt mit vielen Büchern hineingeboren wird, hat fast schon gewonnen. Wer diesen Startvorteil nicht hat, bekommt von unserem Schulsystem den nächsten Dämpfer. Lange bevor Kinder die Chance haben, ihr eigentliches Potenzial zu entdecken und zu entfalten, werden sie in feste Schubladen einsortiert.

Auch die jüngsten PISA-Ergebnisse zeigen es wieder in aller Härte: Die Chancen eines Kindes hängen in Österreich so stark vom Elternhaus und dessen Bildungsgrad ab wie in kaum einem anderen EU-Land.

Mit nicht einmal zehn Jahren – in einem Alter, in dem sich Kinder extrem unterschiedlich entwickeln – müssen Familien für ihre Kinder spätestens in der 4. Klasse Volksschule die Weichen für die weitere Bildungslaufbahn stellen. Das stresst alle Beteiligten: Lehrkräfte, Eltern und die Kinder selber.

Wissenschaft und Praxis sind sich seit Jahren einig: Diese verfrühte Trennung vergrößert die Bildungsschere und produziert Jahr für Jahr Tausende Jugendliche, deren Talent einfach liegengelassen wird. Potentiale, die Österreich auch für sein wirtschaftliches Vorankommen so dringend bräuchte. Doch die von Expert:innen längst benannte Ursache greift niemand an: die viel zu frühe Aufteilung unserer Kinder.

Die Regierung begnügt sich derweil mit Schadensbegrenzung und dem Drehen an kleinen Stellschrauben. Im aktuellen Regierungsprogramm findet sich zur Gemeinsamen Schule lediglich der zaghafte Hinweis auf eine „*Erleichterung von Modellregionen für 10- bis 12- bzw. 14-Jährige inklusive wissenschaftlicher Begleitung*“. Das ist viel zu wenig. Expert:innen wissen, dass freiwillige Pilotprojekte in der Praxis dazu führen, dass vorwiegend innovative und reformwillige Schulen mitmachen, während Standorte mit dem größten Reformbedarf außen vor bleiben – was die Bildungsschere nur weiter öffnet.

Und in der Reformpartnerschaft, an deren Tisch alle relevanten Entscheidungsträger (Bund, Land, Gemeinden) sitzen, werden sowohl die Modellregionen als auch eine 6-jährige Volksschule mit keinem einzigen Wort erwähnt.

Stattdessen kündigt der Bildungsminister an, Konzepte für eine Pilotierung einer 6-jährigen Volksschule auszuarbeiten, an der lediglich 5 Schulen österreichweit teilnehmen werden. Ein Modell, das deshalb forciert wird, weil er die Gemeinsame Schule für ein „totes Pferd“ hält, das er „über eine 6-jährige Volksschule reanimieren“ möchte (vgl. Ö1 Journal zu Gast vom 05.09.2026). Das ist ein politischer Umweg, der uns erneut wertvolle Jahre kostet. Zeit, in der wir endlich echte Bildungschancen schaffen könnten – anstatt weiterhin systematisch Bildungsverlierer zu produzieren.

Es braucht endlich den Mut zu einer echten Strukturreform. Eine längere gemeinsame Schule darf nicht weiter vertagt oder hinter halbherzigen Pilotprojekten versteckt werden. Sie muss eine verstärkte Differenzierung und Individualisierung innerhalb der Schule gewährleisten und es muss sichergestellt sein, dass alle Schüler:innen entsprechend ihren individuellen Potenzialen, Neigungen und Begabungen optimal gefördert werden. Richtig umgesetzt ist sie das wirksamste Instrument, um die Bildungsvererbung in Österreich endlich aufzubrechen, jedem Kind die bestmögliche Entfaltung zu garantieren und Österreich das wirtschaftliche Vorankommen zu sichern.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Bildung wird aufgefordert, eine zügige und schrittweise Umsetzung einer längeren gemeinsamen Schule der 6- bis 14-Jährigen zu ermöglichen. Ein verbindliches Konzept der verstärkten Differenzierung und Individualisierung innerhalb der Schule soll dabei allen Schüler:innen entsprechend ihren individuellen Potentialen, Neigungen und Begabungen optimal gerecht werden. Darüber hinaus wird der Bundesminister aufgefordert, diese Vorhaben im Zuge der Reformpartnerschaft mit Ländern und Gemeinden einzubringen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Bildungsausschuss vorgeschlagen.


(Krause)
(Weser)
(Schallmayr)
(Hofsta)

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-14T19:56:56+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	